



Liebe Genossinnen und Genossen!

Liebe Leserinnen und Leser!

Bei der Beratung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2017 vertrat ich im Plenum die Position meiner Fraktion zum Einzelplan 08 (Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz).

Hier meine Rede im Wortlaut:

Herr Präsident,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

kein anderes Ministerium, mit Ausnahme des Integrationsministeriums, ist im Koalitionsvertrag in seinen Zuständigkeiten so stark beschnitten worden wie das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz.

Breitbandstruktur, Naturschutz, Tourismusförderung, Landschaftspflege und der Nationalpark Nordschwarzwald, alle diese Bereiche wurden dem Ministerium entzogen.

Kann man das beim Thema Nordschwarzwald noch nachvollziehen, Herr Minister Hauk war ja ein erklärter Gegner dieses Projekts, und man konnte sicher nicht erwarten, dass er schlagartig vom Saulus zum Paulus mutiert. So lässt sich aber durchaus bei den anderen Bereichen ein Fragezeichen setzen.

Wenngleich wir durchaus erfreut feststellen können, dass die Programme, z.B. „Entwicklung des ländlichen Raums“ oder FAKT, aber auch die Programme für Biotoppflegemaßnahmen, die Fördermittel des Bundes und Landes zur Komplementärfinanzierung des Gemeinschaftsprogramms „Agrar- und Küstenschutz“ oder auch die Flurneuordnung, auf hohem Niveau verstetigt oder sogar erhöht wurden, muss man leider auf der anderen Seite feststellen, dass sich dieses scheinbar positive Bild doch verschiebt, wenn man die enorm erhöhte globale Minderausgabe im Einzelplan 08 in Höhe von 19,4 Millionen Euro mitbetrachtet. Sie wurde gleich verfünffacht.

Verstärkt wird dieser Eindruck noch, wenn man bedenkt, dass die Erhöhung des ELR-Programms durch Umschichtungen im Kommunalen Finanzausgleich und somit aus kommunalen Finanzmitteln und nicht aus originären Landesmitteln finanziert wird. Es ist deshalb auch in anderen

Einzelplänen doch zu befürchten, dass man manche Titel doch nur üppig erhöht hat, um möglicherweise dann die Erhöhungen wieder einzusparen, wenn es darum geht, die globale Minderausgabe zu erreichen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, doch hinter diesem Zahlenwerk des Haushalts verbirgt sich noch ein anderes, mehr politisches Problem.



MdL aktuell

In kaum einem anderen Bereich liegen Grüne und CDU unserer Meinung nach so weit auseinander wie im Bereich der Land- und Forstwirtschaft. In der realen Politik wird nun nach und nach eine interessante Arbeitsteilung sichtbar, die sich auch in den kommenden Jahren mehr und mehr bestätigen wird. Die geht so: Die Grünen sind mit dem Naturschutzbereich abgefunden, im Gegenzug macht die CDU, versuchen Sie, Herr Hauk, eine leise und möglichst unauffällige Kehrtwende in der tatsächlichen Politik im Agrar- und Forstbereich durchzuführen. Bisher muss man sagen: ohne Erfolg. Das zeigt auch Ihre Rücktrittsforderung für Frau Hendricks, die für eine naturverträgliche Landwirtschaft und Reform der europäischen Agrarförderung eintritt. Der Hinweis, sie habe sich dabei nicht mit ihrem Koalitionspartner abgesprochen, gilt im Umkehrschluss sicherlich auch auf Ihre Forderung. Denn ich glaube kaum, dass Sie das mit Ihrem grünen Koalitionspartner abgesprochen haben, zumindest wenn man die Äußerungen aus der Grünen-Landesspitze zur Kenntnis nimmt.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, bei Schwarz-Grün wird sich in den folgenden Politikfeldern und -fragen mit Sicherheit der Gegensatz verschärfen:

Wie geht es weiter mit Pflanzenschutzmitteln und Glyphosat in der Landwirtschaft? Wo sind Ihre Anstrengungen, hier endlich umzusteuern hin zu einer umweltgerechteren Agrarwirtschaft?

Wie sieht es aus mit Antibiotikagaben in der Tierhaltung? Wird überhaupt ernsthaft kontrolliert, was das novellierte Tierarzneimittelgesetz längst seit - zwei Jahren - vorschreibt?

Ich verweise auf unseren aktuellen Antrag zur Schaffung entsprechender Stellen im Veterinärbereich, der Ihnen vorliegt, auch heute zur Abstimmung.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wohin steuert der Wald? Weiterhin zu mehr Artenviel-

falt?, Altholz im Wald?, mehr Bannwald im naturnahen Wald? Geht es mit dem Biolandbau weiter aufwärts, so wie es unsere Verbraucher auch wollen und nachfragen, oder wird er wieder links liegen gelassen, wie wir es aus Vorgängerzeiten kennen? Wir werden diese Entwicklungen auf jeden Fall sehr sorgfältig beobachten.

Dieser Haushalt ist für uns kein Dokument des grundsätzlichen Wandels und keine Grundlage für eine innovativere Agrarpolitik. Er finanziert das Vorhandene und schreibt es fort.

So weit, so gut.

Aber das reicht nicht aus für alle, die wissen, dass unsere Landwirtschaft sich in einem fundamentalen Wandel befindet.

Aber fast alle Landwirte wissen oder spüren auch: Es geht agrarpolitisch nicht so weiter wie bisher. Weder für die Landwirte selbst, noch für die Umwelt.

Beispielsweise wäre auch eine 15.000-Liter-Milchkuh keine Lösung, denn sie würde ungleich mehr Medikamente, Kraftfutter aus Übersee und Tierarztkosten bedeuten, und dabei noch weniger lange leben und Milch geben als unsere heutigen Hochleistungsmilchkühe.

Das Gleiche gilt sinngemäß für unseren Ackerbau, die Schweine- und Geflügelhaltung und die Landwirtschaft insgesamt. Landwirtschaft darf den kommenden Generationen und den Hoferben nicht weniger gesunde Böden, weniger gesundes Grundwasser, weniger intakte Natur hinterlassen - und das auch in Zeiten, in denen der aktuelle Grundwasserspiegel den niedrigsten Stand seit 1913 hat.

Doch die Politik darf nicht allein mit neuen Grenzwerten, strengerer Düngeverordnung, dem Verbot bestimmter Pflanzenschutzmittel und Ähnlichem die Landwirtschaft erschweren, sondern sie muss auch für einen gesellschaftlichen Kon-

sens sorgen, in dem klar ist, dass wir alle für gesunde Landschaften, Böden, gesundes Grundwasser sowie eine funktionierende Natur auch zahlen müssen, wobei wir beim Thema Grundwasser durchaus honorieren, dass mit der Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung in Baden-Württemberg eine geringere Nitratbelastung im Vergleich zu anderen Bundesländern erreicht wurde.

Das bisherige EU-Fördersystem leistet aber die Förderung von gesunden Landschaften, Böden, gesundem Grundwasser und einer funktionierenden Natur eben nicht im notwendigen Umfang. Das Geld kommt zum großen Teil bei riesigen Betrieben an, aber zu wenig bei den Landwirten, die die Arbeit machen und davon leben müssen. Damit hat es keine Lenkungswirkung und beschleunigt noch den Konzentrationsprozess, den die einen Strukturwandel nennen und die anderen Höfesterben.

Wir wissen, dass eine neue Agrarpolitik für die Zukunft auch Geld kostet. Deshalb muss man die vorhandenen Fördermittel anders einsetzen. Wir wissen, dass auch die Verbraucher mitspielen müssen. Doch auch das sieht nicht so schlecht aus, wie viele meinen.

Georg Nelius lässt beim Thema Zugpünktlichkeit nicht locker

„Es ist eine Katastrophe.“ Mit diesen Worten fasst Georg Nelius die Verhältnisse rund um die Zugverbindung von Neckarelz über Bad Friedrichshall nach Stuttgart zusammen. Und das Landesverkehrsministerium gibt dem SPD-Landtagsabgeordneten Recht.

Auf eine Kleine Anfrage von Nelius werden in einem Antwortschreiben mehrere Probleme deutlich: Viele Züge sind unpünktlich, so dass Anschlussverbindungen nicht erreicht werden können. Ein Umstieg zwischen Zügen der Deutschen Bahn und der Stadtbahn ist immer noch schwierig.

Andere Züge fahren erst gar nicht, allein in den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres sind auf der Strecke 365 Verbindungen ausgefallen. Zudem sorgen Defekte immer

Die Ansprüche der Verbraucher an Tierschutz und Lebensmittel steigen. Dies drückt sich natürlich auch in der Bereitschaft aus, mehr für Lebensmittel zu zahlen.

Bund und Länder müssen neue Wege einschlagen. Unter anderem müssen die Mittel aus der ersten Säule der EU-Förderung in die zweite verschoben werden, damit man sie gezielt für Leistungen zahlen kann, die eben mehr mit Umwelt- und Tierschutz sowie mit Qualität einhergehen. Wir müssen die jetzt bereits möglichen Umschichtungen ausschöpfen.

Das sind im Moment nicht einmal fünf Prozent, die in der zweiten Säule liegen.

Der Haushaltsentwurf wird dieser großen Herausforderung leider – ich sage einfach einmal – noch nicht gerecht.

Trotzdem steht die SPD bereit, an diesem neuen gesellschaftlichen Konsens mitzuarbeiten, bei dem am Ende Landwirtschaft, Verbraucher, Umwelt und der Ländliche Raum die Gewinner sein müssen.

Vielen Dank!

wieder für Probleme. Und durchgehende Verbindungen am Abend wird es voraussichtlich erst im Dezember 2019 geben.

Georg Nelius hatte mit der seiner Kleinen Anfrage 16/ 1105 vom 02.12.16 auf die zahlreichen Beschwerden von Berufspendlerinnen und Berufspendlern über den Regionalverkehr auf der Strecke zwischen Mosbach-Neckarelz und Stuttgart reagiert.

Auch nach Beantwortung dieser Kleinen Anfrage kommt es immer noch relativ häufig zu Beeinträchtigungen auf dieser Strecke. Nicht nur zwischen Stuttgart und Neckarelz, sondern auch auf der Strecke zwischen Friedrichshall und Osterburken (Frankenbahn) häufen sich die Beschwerden. So

MdL aktuell

hatten beispielsweise auf dieser Strecke im Januar 2017 an 17 Schultagen die Züge durchschnittlich fast 11 Minuten Verspätung. Das kann nicht hingenommen werden.

Deshalb wird er bald ein Gespräch mit dem Sonderbeauftragten für Qualität im regionalen Schienenverkehr, Herrn Gerhard Schnaitmann, führen.

„... Die RNZ fragte nach, wie es zu den Problemen kommen konnte. Ersten Aufschluss geben die Antworten des Landesverkehrsministeriums: „Die häufigste Ausfallursache ist fehlendes Personal“, heißt es zu Ursachen von Verspätungen und Zugausfällen. Insbesondere hat man bei der DB Regio offenbar mit kurzfristigen Krankmeldungen zu kämpfen. Insbesondere im Oktober und Anfang November sowie Anfang Januar sei es zu Krankheitswellen gekommen, berichtet ein Bahn-Pressesprecher auf RNZ-Nachfrage.

Und auch bei der Albtal-Verkehrsgesellschaft (AVG), die die Stadtbahnen betreibt, kennt man dieses Problem – nicht nur kurzfristig. „Uns fehlen insgesamt rund 40 Fahrer“, erklärt Pressesprecher Nicolas Lutterbach auf RNZ-Nachfrage. Die AVG arbeite an dem Problem und bilde intensiv aus, der Arbeitsmarkt sei hier aber „sehr schwierig“.

Als weitere Ursache für Zugausfälle gibt das Landesverkehrsministerium Fahrzeugprobleme an. Insbesondere bei den Doppelstockwaggons gebe es immer wieder Türstörungen. Und auch die Elektrolokomotiven der Baureihe 111 fielen oft aus.

Nelius kritisiert, dass die Züge und Waggons offenbar nicht ausreichend gewartet sind. Die Bahn spricht hier von Kompatibilitätsproblemen. Das bedeutet: Doppelstockwaggons unterschiedlicher Baujahre kamen aus verschiedenen Teilen Deutschlands und wurden zusammen eingesetzt. Doch die Elektronik passte nicht zusammen.

Nicht so richtig harmonisiert offenbar auch die Kommunikation zwischen Zügen und Zugführern der Stadtbahn und der DB Regio. Das Grundproblem lautet hier: Wie können

Verspätungen und Ausfälle in Echtzeit weitergegeben werden, so dass sie bei möglichst vielen Kunden ankommen? Laut AVG-Pressesprecher Lutterbach werden Probleme bei den Stadtbahnen bislang noch nicht auf der Homepage und der App der Deutschen Bahn angezeigt. Er empfiehlt deshalb, die App der AVG zu nutzen. In Zukunft soll der Austausch deutlich verbessert werden. Zudem sollen Infotafeln und Fahrgastinformationsanzeiger nachgerüstet werden, wo es bislang noch keine gibt.

Was die Verspätungen anbelangt: Die Pünktlichkeit der Stadtbahn gilt – so die denn nicht ausfällt – als „recht stabil“. So geht es aus dem Schreiben des Landesverkehrsministeriums hervor.



Mitunter entscheiden Sekunden über eine zügige Weiterfahrt oder eine längere Wartezeit.

Die Pünktlichkeit bei der DB Regio bewege sich jedoch „bereits seit Mitte 2013 auf einem unbefriedigenden Niveau“. Schon 2013 waren am Messpunkt Heilbronn lediglich 91 Prozent der Züge pünktlich. Bis 2016 sank der Wert nun auf nun 87,5 Prozent. Im vergangenen November lag er gar nur bei 80,7. Und selbst dieser Wert trägt: Bei der Deutschen Bahn gilt ein Zug erst dann als nicht mehr pünktlich, wenn er mindestens sechs Minuten

zu spät kommt. Als Ursache nennt ein Bahn-Pressesprecher die Änderungen, die das Ende des großen Verkehrsvertrags mit sich gebracht hätten. Diese hätten wie ein großer Fahrplanwechsel vieles durcheinandergebracht.

Vor diesem Hintergrund hat die Bahn nun eine Gruppe ins Leben gerufen, die sich der Probleme annehmen will. Neben wöchentlichen Gesprächen mit dem Land investiere man in zusätzliches Personal in den Werkstätten sowie in Technik. Darüber hinaus wolle man Betriebsabläufe vereinheitlichen.

Was schließlich die durchgehenden Verbindungen am Abend anbelangt: Sie wurden bei Einführung der Stadtbahn abgeschafft. Am Morgen wurden sie auf Drängen des Landkreises wieder eingeführt, für jene am Abend sieht man im Landratsamt trotz großer Bemühungen keine Chance vor Dezember 2019 – dann tritt der neue Verkehrsvertrag in Kraft.“

Rhein-Neckar-Zeitung, Christian Beck

Politischer Aschermittwoch der SPD Baden-Württemberg in Ludwigsburg



Beim Politischen Aschermittwoch des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg in Ludwigsburg war der Neckar-Odenwald-Kreis mit einer kleinen Delegation um den SPD-Landtagsabgeordneten Georg Nelius vertreten.

Bei ihrem Auftritt in Ludwigsburg sagte die Generalsekretärin der Bundes-SPD Katarina Barley, sie sehe ihre Partei in der Verantwortung, sich fortschrittsfeindlicher Politik in Deutschland und Europa entgegenzustellen. „Mit uns ist ein Rückschritt in der Demokratie nicht zu machen - seit 154 Jahren stehen wir da als Bollwerk dagegen“, betonte sie vor mehr als 500 Genossinnen und Genossen. .

„Die Schlafwagenpolitik von Merkel zieht nicht mehr.“ Die Menschen spürten, dass sie Haltung zeigen und sich gegen Demagogen und Rechtspopulisten engagieren müssten. SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz sei auch deshalb so populär wegen seiner ganz klaren Haltung und Werten, für die er auch klare Worte finde. Seit Anfang dieses Jahres habe die SPD in Baden-Württemberg beflügelt von Schulz' Kanz-

lerkandidatur 1.050 neue Mitglieder begrüßt. Barley rief die Genossinnen und Genossen auf, für den Eintritt in ihre Partei zu werben. „Verlasst das Haus nicht mehr ohne mindestens fünf Mitgliedsanträge in der Tasche.“

Als Themen für den Wahlkampf nannte Barley soziale Gerechtigkeit und Arbeitsmarkt. Aber auch Bildungsgerechtigkeit sei ein Herzensanliegen. Es könne nicht angehen, dass ein Kind aus einer Geringverdienerfamilie mit einer Wahrscheinlichkeit von 70 Prozent auch Geringverdiener werde.

Überdies werde sich die SPD für bessere Rahmenbedingungen für das Leben im ländlichen Raum einsetzen!

SPD-Landeschefin Leni Breymaier nutzte die Veranstaltung für eine Spitze in Richtung Landes-Grüne. Sie warf der Partei vor, ihre Grundsätze in der Koalition mit der CDU verraten zu haben. Das gelte vor allem bei der Inneren Sicherheit und der Asylpolitik. „Da kommt mir Kretschmann am rechten Rand vor, nahe bei der CSU“, sagte Breymaier.

Besuch der „Grünen Woche“ in Berlin

Die Internationale Grüne Woche Berlin 2017, die Leitmesse des nationalen und internationalen Agribusiness, öffnete wieder einmal ihre Tor. Der Landtagsabgeordnete Georg Nelius ließ es sich nicht nehmen, sich vor Ort über aktuelle

Entwicklungen, Stärken und Herausforderungen informieren zu lassen. Besonderes Augenmerk richtete er auf die Präsentationen des Landes:

MdL aktuell

Am Gemeinschaftsstand des Landes Baden-Württemberg erwarteten die Besucherinnen und Besucher typische Köstlichkeiten wie original Schwäbische Maultaschen, feiner Schwarzwälder Schinken, edle Badische und Württemberger Weine, leckere Säfte und uriges Bier. In der gemütlichen „Genießerland“-Gartenwirtschaft gab's Linsen mit Spätzle, Badische Schäufele, Wurstsalat und den berühmten Ofenschlupfer nach Oma's Geheimrezept.

Hingucker auf der Messe waren die vielen Stände aus Baden-Württemberg, bei denen Land- und Forstwirte ihre Produkte zeigten. Ergänzt wurde dies durch Tierschauen und Ausstellungen von modernster Landtechnik.

Wer es eilig hatte, bekam einige Spezialitäten des Bundeslandes dank „Regiomat“, einem Verkaufsautomaten.



Dieses Schwarzwälder Kaltblut stellte sich den sachkundigen Blicken der Jury und des Publikums.

Reiselustige Besucherinnen und Besucher kamen ebenfalls voll auf ihre Kosten: Viele spannende Ausflugs- und Reiseziele in Baden-Württemberg warten darauf, entdeckt zu werden. Tourismus-Experten aus den Regionen standen Rede und Antwort und haben Insidertipps für einen tollen

Urlaub im Ländle im Gepäck, nach dem Motto: Baden-Württemberg erleben und genießen.

Georg Nelius resümierte: „Das Qualitätsniveau der Grünen Woche hat mit der diesjährigen Veranstaltung eine neue Dimension erreicht. Die Grüne Woche ist unbestritten die weltweit bedeutendste Ausstellung für Landwirtschaft, Ernährung und Gartenbau. Hier konnte Baden-Württemberg

erfolgreich zeigen, wie stark und leistungsfähig sein Ländlicher Raum ist.“

Georg Nelius gratuliert dem „Mutmacher“

Georg Nelius gratuliert Frank-Walter Steinmeier zur Wahl zum „Ersten Mann im Staate“ sehr herzlich:

„Die Wahl Frank-Walter Steinmeiers werte ich als ein starkes Signal für Weltoffenheit, demokratische Stabilität und sozialen Zusammenhalt in Deutschland. Unser neues Staatsoberhaupt ist für unsere Nachbarn zugleich ein Garant für die feste Verankerung unseres Landes in einem selbstbewussten Europa mit gemeinsamen Grundwerten.

Ich bin mir sicher, dass mit Frank-Walter der richtige Mann an der Spitze unseres Staats steht, der aufgrund seiner Per-

sönlichkeit und seiner Erfahrung starke Impulse geben wird. Wenn auch überparteilich, so bleibt er doch ein Sozialdemokrat, der solidarisch, freiheitlich und gerecht sein Amt gestalten wird.

Sehr herzlichen Glückwunsch, Herr Präsident!“

Gerne denkt der Landtagsabgeordnete Georg Nelius fast auf den Tag genau 11 Monate

zurück, an dem er den Außenminister Steinmeier als einen besonders wertvollen Wahlkampf helfer in der Mosbacher Alten Mälzerei begrüßen konnte (Foto).



Närrischer Hotspot am „Schmutzigen Dunnerschdag“



Es ist mittlerweile schon eine gute Tradition geworden: Am „Schmutzigen Dunnerschdag“ verwandelt sich das Wahlkreisbüro von Georg Nelius in ein Hauptquartier von Anmut, Grazie und Schönheit. In diesem Brennpunkt närrischen Treibens wurde auch dieses Jahr gesungen und getanzt, gegessen und der eine oder andere gute Tropfen genossen. Die Mosbacher „Fastnachtsweiber“ hatten bei ihrem „Zug durch die Gemeinde“ einen Zwischenstopp eingelegt.

„Die Idee, dass an einem Tag in der Fastnacht den Frauen das Regiment überlassen wird, gibt es seit dem Mittelalter. So kann man den Weiberfasching als frühe Frauenrechtsbewegung sehen. Und was Frauenrechte betrifft hat ja auch die SPD schon eine lange, wichtige Rolle gespielt.“ resümierte Georg Nelius.

Herausgeber:
MdL Georg Nelius, Wahlkreisbüro, Badgasse 7, 740821 Mosbach
06261 914917, buero@georg-nelius.de

